



Ich nehme den Ausdruck jurid. (Große Seitefert.) In der Rechnungskommission ist die richtige Platz, alle die Fragen zu erörtern. Lebensfalls müssen wir bei der Rechnungslegung in den Kolonien andere Grundzüge zur Durchführung bringen, als bei der Rechnungslegung für die laufenden Ausgaben im Deutschen Reich. Es wäre wünschenswert, wenn der Staatssekretär des Reichskolonialamts sich um eine andere Rechnungslegung bemühen würde, die den Bedürfnissen der Kolonialverwaltung entspricht.

Abg. Görcke (Natlib.):

Die Rechnungskommission wird sicherlich genau prüfen, ob in allen Fällen genügende Entschuldigungen vorhanden sind. Der Reichstag ist von einer gewissen Schuld nicht freizusprechen. Er hat ja auch z. B. auf ein Monium bezüglich des Aggregiertenfonds nicht reagiert. Der tiefere Grund der Mißstände ist der, daß zwischen Rechnungskommission und Rechnungshof keine Verbindung besteht. Gerade jetzt, da dem Volke wieder schwere Lasten auferlegt werden müssen, müssen alle Ausgaben in den Kolonien auf ihre Notwendigkeit ernstlich geprüft werden.

Abg. Erzberger (Ztr.):

Ich behauere es, daß der Abg. v. Camp, der doch Vorsitzender der Budgetkommission ist, hier eine gewisse Karteiende einreichen lassen will. Vielleicht wollte er auch nur seinen fraktionskollegen v. Liebert beibringen (Widerpruch rechts). Wenn wir Beihilfen für Ansehler ohne Quittung durchgehen lassen, dann hört doch alles auf. Dann brauchen wir gar keine Rechnungskommission.

Abg. Dr. Arning (Nl.):

Man kann Herrn Erzberger gewiß dafür dankbar sein, daß er hat vorgetragen. Es war durchaus notwendig. Aber ich hätte gewünscht, daß er diese Dinge etwas weniger stark betont, vor allem nicht den Ausdruck gebraucht hätte, man könnte auf Vermutungen kommen.

Er hat ja gewiß nicht die Absicht, irgend jemand Ansehenshaftigkeit vorzumerken, aber er weiß, daß solche Worte draußen ganz anders aufgefaßt werden, als wir es tun. (Sehr richtig!) Dann aber muß man auch bedenken, daß die Sachen acht Jahre juridisch liegen, aus einer Zeit, wo noch Paradieswirtschaft herrschte, wo die Verwaltung noch nicht so geordnet war, wie heute. Ich bin sehr überzeugt, auch ohne diese heutigen Monita sehen die Ansehler, die wir jetzt bekommen werden, ganz anders aus. Und dann: Was für ein denn diese auferretsmäßigen Gelder ausgegeben? Für Quantitätenbauten usw., Sachen, die im Interesse der Sicherheit des Landes, der hygienischen Versorgung vielleicht sofort dringend nötig waren. Hat der damalige Gouverneur Liebert, unter jehziger Kollege, wirklich etwas Falsches begangen, so war es jedenfalls in guter Absicht, und es ist unrecht, eine solche Rechnungsfrage zu einer Frage politischer Gegnerschaft zu machen. (Sehr wahr!) Damit kommt man zu einem natürlichen Logiswahn, das gar nicht mehr abzusehen ist. (Leb. Beifall.)

Abg. v. Liebert (Rp.):

Ich finde es nicht sehr schön und den Sitten des hohen Hauses nicht entsprechend, daß der Rechnungsbericht in persönlicher Weise erörtert wird. Die Herren Erzberger und Noske haben meinen Namen in wenig schöner Verbindung gebraucht. Bin ich ihnen persönlich nicht sympatisch, so brauchen sie es nicht an dieser Stelle zum Ausdruck zu bringen. Im übrigen bitte ich Sie, nicht so früh zu triumphieren. Ich habe die Geldsätze in Dar-es-Salaam Mitte des Jahres 1900 abgegeben. Der Etat geht vom April. Ich kann also nur für die ersten zwei Monate verantwortlich sein. Und im übrigen bin ich auch nicht allein verantwortlich. Soweit ich mich erinnere, war damals sogar ein höherer Beamter des Rechnungsbüros draußen, der auch sein Wortum abgab für Ausgaben und Rechnungen usw. Ich glaube, daß die erwählten Ausschreitungen sich gerade darauf beziehen, daß ich vielleicht auf eigene Verantwortung Zusatzifikationen angelegt habe. Im übrigen bin ich nicht vorbereitet, heute auf die Frage näher einzugehen. Ich wollte mich nur persönlich verwahren. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Ob 2 Monate oder 12 Monate Verantwortlichkeit, ist dasselbe. Wir erleben heute dasselbe Schauspiel wie gestern und vorgestern: die Verantwortlichkeit wird von der Stelle, die sie angeht, auf Subalternen abgehoben. Herrn von Camps Spezialaufgabe ist es ja, zur Sparjamkeit zu mahnen. Sparjamkeit ohne Ordnung ist nicht möglich.

Abg. Erzberger (Ztr.):

Vielleicht sagt Herr von Liebert, wer die vom Reichstag abgelehnten Gelder für die ostafrikanische Zentralbahn ausgegeben hat. Er scheint es auf den Grafen Goeben, seinen Nachfolger, abzuheben zu wollen. Mir ist mitgeteilt, daß es Herr v. Liebert gewesen ist. Ich habe den Namen Liebert gar nicht in die Debatte gezogen, aber wenn Herr v. Camp sich hinsetzt und die großen Verdienste des Herrn v. Liebert um die Kolonie preist, dann zeigt er natürlich die anderen, die gegenteiliger Meinung sind. Herr v. Liebert möge sich also bei Herrn v. Camp bedanken. Aber physiologisch ist es sehr interessant: der Reichsanleger

ist den Geheimrat in die Hände

und Herr v. Liebert den Subalternen. Wer ist denn verantwortlich? Das müßte sehr ernst geprüft werden. Das Geld ist nicht mehr da, die Quittungen auch nicht, wo ist es hingekommen? Auch bei Bauquintanen sind Quittungen erforderlich. (Sehr richtig!) Herr von Camp sagt, bei den Nachprüfungen kommt nicht viel heraus. Nun, dann schaffe man doch den Rechnungshof ab, dann kann man gleich eine Million sparen. Aber dann kommt der Grafen leure als eine Witz zu stehen. Und ist dem Herrn v. Camp nicht bekannt, daß auf Grund einer Nachprüfung die Firma W e r m a n n verpfländert wurde, 750 000 Mark zurückzugeben? (Hört, hört!) Und hat nicht im letzten Frühjahr der Staatssekretär weiter mitgeteilt, daß noch ein zweiter Prozeß gegen Woermann schwebt um mehrere Millionen Mark?

Abg. v. Liebert (Rp.):

Ich muß es ablehnen, mich hier weiter zu verteidigen. Ich glaube, ich bin gar nicht in der Lage, als Mitglied des hohen Hauses hier darüber zu sprechen. (Wachen der Soz.) Ich bin bereit, überall anderswo zu gehen. (Lachen der Soz.) Ich bin in der Kommission oder wenn die Beamten vernommen werden usw. Aber hier darf ich es, glaube ich, nicht, solange der Chef der Kolonialverwaltung nicht hier ist und mich von der Verpflichtung entbindet. Ueber die Verarbeiten für die Bahn kann ich nicht sprechen, weil ich die Verhältnisse nicht genau kenne. Ich glaube doch, daß von Berlin aus Anregungen und Winke gekommen sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir wollten nur vorbereiten sein für den Fall, daß wenn die Anregung aus Berlin kommt, die Bahn gebaut werden konnte, wie es denn auch nachher der Fall war.

Ministerialdirektor Contze:

Selbstverständlich ist die erste Frage auf der Kalkulation des Kolonialamts: Wo bleibt die Quittung? Und so fragt auch der Rechnungshof, und wir geben dieser Frage auf das allergrößte nach, auch bei einer ganz minimalen Ausgabe, wo die Schreibweise den Wert der Ausgabe bei weitem übersteigt, nur um die Quittung beizubringen. Wenn aber im einzelnen Fall konstatiert nichts übrig, als die Rechnung ohne Quittung vorzutragen. Der Beamte der Schuldgebende aus Zentralfonds bezahlt werden. Das umgekehrt, kommt alle Tage vor. Es entsteht sehr oft die Arbeit und Arbeit von draußen rausch erheben zu lassen. Die hier im Urlaub sind oder draußen zur Erlösung bestimmter Arbeiten Beamte heranzuziehen, die hier im Kolonialamt sind. Wie sollen deren Bezüge vorzuziehen werden? Früher wurde das nicht gleichmäßig gehandhabt, seit 1907 ist das Verfahren des Kolonialamts um Befreiung der Rechnungen ausdrücklich anerkannt. Was die Abrechnung über die subkritischen Selbstzug anlangt, so hat die Budgetkommission ja ein erleichtertes Verfahren angeregt, und es war beabsichtigt, dem monad einer noch Säuwelt zu sendenden Kommission die Befreiung des Rechnungsbüros übertragen und dieser nur mit der Nachprüfung befaßt werden sollte. Das hat sich als ungewöhnlich herausgestellt. Inzwischen lagerte das Material in vielen Monaten hierher gekommen. Es wurde ein Bureau erdient zur Prüfung, was ausgegeben worden ist und zu welchem Zweck. Die Arbeit hat eine Unterbrechung erfahren, weil der leitende Beamte notwendig noch Säuwelt geschäft werden mußte, sein Nachfolger hat sich erst heute bei mir gemeldet.

Abg. Hesse: Herr von Camp lehne ich als Vorsteher als Herr von Liebert selbst ist uns ganz gleichgültig.

Die Erörterung schließt, die Rechnung geht an die Rechnungs-kommission.

Es folgen Petitionen. Ueber eine Petition der vereinigten Bergarbeiterverbände auf Erlaß gesetzlicher Vorschriften gegen das System der schwarzen Listen und Sperren wird eine Debatte eröffnet.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.) knüpft an das heutige Grubenunglück in Westfalen an und verlangt von der Gesetzgebung, den Bergleuten beizuhelfen. Das Sperrsystem des Zehnerverbandes verleiht gegen die guten Sitten und das Gesetz und ist ein Anbau an Koalitionsstreik. Dagegen verlangen die Arbeiter Gehalt durch das Gesetz. (Beifall.)

Abg. Gange (Soz.) dankt für das Interesse für die vernünftigen Bergarbeiter. Die große Zahl der Unglücksfälle im Bergbau rührt nicht von den Wassengütern her, sondern von der Einzelunglücken infolge der Ueberfischung. Der Reichstag darf sich nicht mühselig machen an diesen jämmerlichen Zuständen. (Bravo bei den Soz., Seiterrecht.)

Abg. Naden (Ztr.): Das heutige schwere Unglück ereignet uns als ein dringliches Vernebeln an die gesetzgebenden Faktoren, den Bergarbeitern rasch und ausgiebig zu helfen.

Abg. Gothein (fr. Vgg.): Wir freuen uns, daß der Präsident dem allgemeinen Mißgefühl mit den Opfern des neuen schweren Unfalls Ausdruck gegeben hat. Wenn im Ruhrrevier auf einer schwarzen Liste nicht weniger als 5000 Arbeiter leben, so ist das geradezu ein öffentlicher Mißstand. Wenn ein Arbeiter 6 Monate lang auf solche Weise abgebaut wird, so ist das eine Strafe, die geradezu empört. Brauererlich ist, daß unsere Arbeitgeber noch nicht so weit gekommen sind, mit unseren Arbeiterorganisationen zu patifizieren. Die Ueberfischung haben sich ausgemacht zu einer schweren Gefahr. (Beifall links.)

Abg. v. Schubert (Nl.): Meine Freunde werden den Beschlüssen der Kommission zustimmen. Das Sperrsystem über die kontraktbrüchigen Arbeiter soll in erster Linie die Situation einschränken. Der gefürchtete Arbeiter kommt nicht auf die schwarze Liste. Als ich mit dem Ruhrrevier in Beziehung kam und dort die geradezu himmelführenden Verhältnisse amischen Arbeiterge und Arbeitnehmer fand, wollte ich zu besser helfen, aber ich habe im Laufe der Jahre erkannt, daß da nichts zu machen ist.

Abg. Sus (Soz.): Auf der Zeche, die uns heute das neue Unglück gebracht hat, hat schon vor 14 Tagen eine Explosion stattgefunden (Hört, hört) und seit Monaten kommen von dort Klagen der Arbeiter über lebensgefährliche Mißstände. (Hört, hört!) Wer da glaubt, daß mit dem Sperrsystem erzieherisch gewirkt und die Situation eingedämmt werden kann, irrt sich einen Zaler.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.): Die Uebelstände im Ruhrrevier sollten in gemeinsamen Verhandlungen mit den Arbeitgebern beseitigt werden, aber überall hört uns ein lautes Nein entgegen. Dafür greifen die Arbeitgeber zu dem unethischen Mittel der schwarzen Listen, das pählich verlast.

Abg. Songeborn (Soz.): Der Verlaß des Abg. v. Schubert, eine Motionenwaise an den Grubenherren vorzunehmen, ist völlig mißlungen.

Die Diskussion schließt. Die Petition wird zur Berücksichtigung verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag, 1 Uhr: Interpellationen über Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Folgen der wirtschaftlichen Krise.

Schluß nach 6 Uhr.

Ausland.

Die Balkankrise.

Zärtliche Küstungen. Gerüchte über die Demobilisierung der Türkei, die in den letzten Tagen umliefen, hatten wir absichtlich nicht wiedergegeben, da wir an ihrer Wahrscheinlichkeit zweifeln. Das nachfolgende Telegramm bringt die Bestätigung unserer Ansicht:

Konstantinopel, 12. Nov. Bulgarien hat heute abermals die Konstantinopel der Spore auf die fortschreitenden türkischen Kämpfe zu nennen. Lediglich ist, was sich um Adrianopel vollzieht, nicht mehr ein Räufen, sondern ein Aufmarsch zu nennen. Wenn die Transporte wie während der letzten sechs Wochen fortbauern, dürften die türkischen Truppen an der Grenze monatlich um anderthalb Divisionen allein an Infanterie verlastet werden; um wieviel an Kavallerie und Artillerie, ist schwerer festzustellen, da die herrierten Waffen auf dem Hof bewegt werden. Die Deutsche Bank gab zwei, nicht wie die Engländer ein Drittel des Vorfußes von 21 Millionen Pfund an die Türkei.

Daß man auch in Oesterreich noch immer stark mit der Möglichkeit eines Aufstanges rechnet, geht aus der siederhaften Tätigkeit hervor, die in den Fabriken für Sveresbedarf entwickelt wird. Die nachstehende Depesche berichtet über

Da hört doch der Etat ganz auf, da überweise man doch lieber der Regierung ein Kaufsquantum! Das ist in Ostafrika, in Kamerun, in Sidmet. Und welche verlorrene Wirtschaft wird da besonders für Ostafrika festgelegt! Das sind einfach Ausflüsse des perdischen Regiments. Das Kolonialamt bringt eine Veränderung ein, der Reichstag lehnt sie ab, der Bundesrat stimmt der Ablehnung zu und der Herr Gouverneur preist auf alles, was Reichstag und Bundesrat beschließt! Das ist nicht Küstenklast, das sieht hier im amtlichen Bericht. Lassen wir das durchgehen, dann sädigen wir auch die Berufsfreiheit der Beamten im Rechnungshof. Der Kommunalrat in Deutsch-Ostafrika stehen 50 Prozent der Stillesteuer zur eigenen Verwendung zu — jetzt ja nicht mehr, jetzt soll es ja keine Kommunen mehr geben, die Komune ist der Besatzmann — und der Rechnungshof stellt fest, daß die Besatzung zum Teil sehr mangelhaft ausgefällt sind, zum Teil vollkommen ungenügend; es ist gar nicht mehr festzustellen, um welche Summen es sich handelt. In Südwestafrika bedürfen verschiedene größere Ausgaben zu Beihilfen für Aniebler nach des Kademies. Es sind größere Summen, wie groß wirfen wir nicht. Jetzt nach acht Jahren kann nicht nachgezien werden, welche Aniebler das Geld bekommen haben — wenn sie es überhaupt bekommen haben. Sind die Besetze jetzt nicht vorhanden, dann überhaupt nicht mehr. Wohin ist das Geld gekommen? Wie kann aus einer Kasse Geld gegeben werden ohne Quittung? Muß da nicht den alexisimilfen Vermutungen zur und Tor geöffnet werden? Ich richte an die Regierung die Frage: Was gedenkt sie gegenüber den nach dem Bericht des Rechnungsbüros zweifelslos schuldigen Beamten zu tun, um sie wegen der offensibaren Geschehensverlegungen zur Rechenschaft zu ziehen und sie ziviltrechtlich in Anspruch zu nehmen? Da nehmen die Mitglieder der Rechnungskommission die ganze Arbeitslast auf sich, ein Referent arbeitet 100 Fragen aus, list den ganzen Winter an einer Rechnung, und nachher hier im Reichstag nimmt niemand das Wort! Ich bitte die Mitglieder der Rechnungskommission, daß sie feinstart werden und für das

schwerverleste Budgetrecht

des Reichstags eintreten, daß sie diese Rechnungen nicht verabschiedet, ehe die Regierung auf meine Fragen betriebende Antwort gegeben hat.

Direktor im Kolonialamt Contze:

Berücksichtigen Sie, daß dies die fünfte Rechnung ist, die im Laufe von 1 1/2 Jahren vorgelegt ist. Die Rechnungen für 1901 bis 1903 liegen bereits seit längerer Zeit dem Rechnungshof vor, die für 1904 wird ihm in diesen Tagen zugeben. Der Rechnungshof hat aber erklärt, daß er in Zukunft die Rechnungen nicht abschließen wird, ehe nicht Reichstag und Bundesrat die Haushaltsübersicht erledigt haben. Und das ist für diese Jahre noch nicht geschehen. Manche Fehler in der früheren Rechnungsführung lassen sich vielleicht doch damit erklären, daß die Ausführung des Etats von Anfang an nicht vollkommen war, daß er durch einen Mehrerlös zu unvorhergesehenen Ausgaben, dem ausdrücklich Mehrerlösnahmen und Winderlagen des Berichtes zuließen sollten, den Charakter eines Kaufsquantums bekam. Da ist es erklärlich, wenn die Gouverneure nicht mit der wünschenswerten Strenge sich an die einzelnen Kapitel und Titel gehalten haben. Ich will damit

durchaus nicht alles entschuldigen,

was vorgekommen ist. Auf die Einzelfälle wird in der Rechnungskommission ausführlich eingegangen werden und dann wird auch die etwaige Schuldfrage nach der disziplinar und ziviltrechtlichen Seite erörtert werden können.

Abg. Noske (Soz.):

In unserer Kolonialverwaltung ist mit einer unerhörten räflichen Nachlässigkeit gewirtschaftet worden. Es hat sich eine Kolonialkassamperei gezeigt, die uns mit Grauen erfüllt. (Sehr richtig; links.) Einer von den Gouverneuren, die sich Staatsberichtigungen in schimmernder Weise zuschulden kommen ließen, ist auch unter jehziger Kollege Herr v. Liebert, der sich immer hier als Sachverständiger aufstellt. (Sehrhaftes Hört, hört! links.) Die handbalden Befstellungen des Oberrechnungsbüros müssen auf die Amtsführung dieses Gouverneurs ein ganz besonderes Licht werfen. (Sehr richtig; links, Unruhe rechts.)

Präsident Graf Stolberg:

Sie dürfen in Bezug auf einen Abgeordneten nicht von handbalden Befstellungen sprechen.

Abg. Noske (Soz.):

Ich überlasse es dem Hause, wie es das Verhalten des Gouverneurs von Liebert charakterisieren will. Sind denn im Disziplinarrecht diese Bestimmungen darüber enthalten, daß ein Beamter, der gegen die Beschlüsse der Volksvertretung verlastet, bestraft werden kann?

Abg. Freiherr v. Camp (Rp.):

Herr Noske hat mit Recht das Urteil über Herrn von Liebert dem Hause überlassen. (Abg. Lebedour ruft: Ihnen nicht!) Das Haus wird die Ausführungen des Herrn Noske in keiner Weise billigen. (Beifall rechts.) Man mag über manche Formmisse denken wie man will, jedenfalls sind die Verdienste des früheren Gouverneurs v. Liebert so groß, daß ihm die Sympathie des Hauses unter allen Umständen zur Seite steht. (Beifall rechts.) Der Ministerialdirektor hat mitgeteilt, daß nun die Abrechnung eine bedeutende Befreiung erfahren habe. Diese Tatsache sollte doch jedem, der Gerechtigkeitssinn hat, veranlassen, etwas milder im Urteil zu sein. Es ist aber ungerichtet, wenn man jetzt Leute angreift, die gar nicht mehr an der Spitze der Verwaltung stehen. Die Rechnungskommission findet volle Anerkennung. Wenn wenig über ihre Arbeiten geredet wird, so ist das der schlagendste Beweis für deren Güte. Es sind ja auch die besten Frauen, von denen am wichtigsten gesprochen wird. (Heiterkeit.) Es liegt ein gewisses Versehen des Reichstages vor, der die Ueberfischung zu spät zum Abschluß gebracht hat. Im Falle eines Selbstzugs ist es nicht immer möglich, Quittungen beizubringen. Es ist ein Unfuss von Herrn Noske...

Präsident Graf Stolberg:

Herr Abgeordneter!

**Österreichische Verleumdungen.**

Budapest, 11. Nov. Die auswärtige Situation wird von hiesigen eingeweihten Kreisen augenblicklich pessimistisch beurteilt. Trotz der Friedensbemühungen der Diplomaten wird ein momentaner Kriegsausbruch für möglich gehalten. Serbien rüftet provokant und konzentriert sich an der Grenze, infolgedessen rüftet Österreichische Truppen an der Grenze, infolgedessen rüftet Österreichische Truppen an der Grenze, infolgedessen rüftet Österreichische Truppen an der Grenze...

**Holland und Venezuela.**

Aus dem Haag wird uns geschrieben: Eine neue Verhandlung für das Bevortreten einer holländischen Flotte liegt in dem Beschlusse, das Panzergeschiff „De Ruiter“ jetzt nach den westindischen Gewässern zu entsenden. Da sich dort bereits das neue Panzergeschiff „Gemeente“ sowie die Panzerfahrzeuge „Gelderland“ und „Utrecht“ befinden, werden fünf der besten Schiffe der holländischen Flotte demnächst in der Nähe der venezolanischen Küste versammelt sein.

**Eine neue Spionage-Affäre.**

Nach einer Pariser Meldung verhaftete die französische Gendarmerie einen angeblichen Spion namens Schmidt, der luxemburgischer Herkunft ist und in Deutschland wohnt. Er habe angeblich versucht, einen Unteroffizier zu bewegen, ihm das Buch über die Schießvorschriften der Feldartillerie zu verschaffen.

**Halle und Umgebung.**

Salle a. G. 13. November.

**Der nationalliberale Verein Halle.**

Hatte zu gestern abend in der Kaiserhalle eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der Herr Reichstagsabgeordneter Gering und Herr Landtagsabgeordneter Dr. Keil als Redner genommen waren. Herr Gering behandelte in seiner Darstellung die letzten politischen Vorgänge, die Aktion im Reichstage, die Bülaus Verantwortung, das Verhalten der Parteien und die Garantien für eine bessere Zukunft. An die vornehmlichen patriotischen Ausführenden des Redners schloß sich eine kurze Debatte, in der die Kaiserliche Politik in der Burenfrage gebilligt und nach der Reichstagsfrage erfragt wurde. Diese soll in einer zweiten Versammlung behandelt werden. Herr Landtagsabgeordneter Keil gab sodann einen Überblick über die preussischen Verfassungen und Steuerverordnungen, eine Materie, die aus den Zeitungen schon bekannt war. Interessant war die Mitteilung, die Herr Keil durch Herrn Reichstagsabgeordneten Schmidt telegraphisch jurell geworden war, daß Halle bei der neuen Serviseinteilung um eine Stufe heruntergesetzt ist. Der Vorige schloß die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser.

**Unsere Provinzial-Städte-Feuer-Societät.**

vollendet mit dem Schluß dieses Jahres ihr 70. Geschäftsjahr, gleichzeitig werden 30 Jahre verfließen seit jener umfassenden Umgestaltung, mit der auch die Feuerversicherung aufgenommen und die Anzahl nach Abrechnung aus der unmittelbaren Verwaltung der Staatsregierung in den Rahmen der Provinzialverwaltung eingegliedert worden ist.

Wie überaus günstig sich unsere Provinzialanstalt entwickelt hat, ergibt sich aus dem stetigen erfreulichen Anwachsen des Versicherungsbefandes, der sich seit der Reorganisation vor 30 Jahren fast verdoppelt hat und jetzt eine Versicherungssumme von über 1 Milliarde 550 Millionen aufweist.

Infolge der günstigen Entwicklung sind die Beiträge immer niedriger geworden, während von 1879 bis 1889 noch 1/10 und von 1890 bis 1902 1/20 von den kaperungsmäßigen Beiträgen erhoben wurden, sind seit 1903 ein Viertel dieser Beiträge von vornherein außer Anschlag gelassen.

Das Vermögen der Societät ist dabei auf ca. 8 Mill. M. angewachsen. Dies eigene Vermögen bildet neben der Zugehörigkeit der Anzahl zum Feuerversicherungsverband in Mitteldeutschland, welcher zu gemeinschaftlicher Schadentragung eine Versicherungssumme von 3 1/2 Milliarden Mark vereinigt und ein eigenes Vermögen von 7 1/2 Millionen Mark besitzt, für die Gleichmäßigkeit der Beiträge.

Für die Regulierung der Brandschäden sind nicht die Vorschriften des strengen Rechts, sondern die Grundsätze von Nachsicht und Billigkeit maßgebend; seit der Reorganisation, also seit 30 Jahren, ist noch kein einziger Prozeß von einem Brandbeschädigten gegen die Societät angestrengt, schiedsrichterliche Entscheidung aber nur in sechs Fällen angerufen worden. Seit dem Bestehen der Societät sind bisher rund 35 Millionen Mark für Brandschäden vergütet.

An der Förderung der allgemeinen Feuericherheit und des Feuerbüßens in unserer Provinz hat die Societät regen Anteil genommen. Sie hat vielfach Anregungen gegeben und die Verbesserung des Feuerbüßens durch erhebliche Beiträge unterstützt. Nicht unerwähnt seien auch ihre Bestrebungen zur Verminderung der immer noch zunehmenden Kinderbrandstiftungen. Die Anwendungen der Societät für öffentliche Zwecke haben seit 1871 über 1 Million Mark betragen.

Ueber die Societätseinrichtungen wird von dem Bureau in Halle, Leipzigerstraße 52, und von den Verwalterkommissionen der Societät bereitwillig nähere Auskunft erteilt, auch werden dort etwaige Wünsche der Societätsangehörigen wegen ihrer Versicherungen gern entgegen genommen.

**Vorträge im Frauen-Erholungsheim.**

Den Wasserprozeß des Müllers Arnold mit Friedrich dem Großen.

Hatte sich Herr Geheimrat Professor Dr. Stammer, der berühmte Rechtslehrer unserer Universität, zum Thema seines Vortrages gewählt, den er gestern im Frauen-Erholungsheim hielt. In äußerst prägnanter und lebendiger Form schilderte Geheimrat Stammer die Geschichte und den Verlauf dieses bemerkwürdigen Prozesses, der in der Rechtsgeschichte einzigartig dasteht.

Der Müller Johann Arnold besaß bei Pommersjahn Kreis Kroppen eine Wassermühle in Erbpacht, die schon seit mehreren Generationen in seiner Familie war und für die er an seinen Lehnsherrn, den Grafen Schmietau, einen jähr-

lichen Zins zu zahlen hatte. Diese Mühle wurde im Jahre 1770 in ihrer Ausbesserung beinträchtigt, als ein Landrat von Gersdorff sich auf seinem Gute oberhalb der Mühle drei Karpenteische einrichtete, und für diese durch Schleusen das Wasser des Krebsbaches, der die Mühle bisher getrieben, abperlen ließ. Infolgedessen entrichtete der Müller Arnold, der sich darüber vergeblich bei den Behörden beschwert hatte, nun auch seine Angaben an den Grafen Schmietau nicht mehr. In einem Prozeß, den der Graf antrug, wurde der Müller Arnold verurteilt, und sein Recht an der Mühle verweigert. Der Müller, der nun mit seiner Familie auf die Straße gesetzt war, begann einen heftigen und erbitterten Kampf um sein Recht. Die neuerrichteten Karpenteische und Domänenkammer zu Kitzin, an die er sich nach einer Immediat-eingabe an den König wandte, wies ihn jedoch mit seiner Forderung ab. In dem Urteile wurde ausgeführt, die Anlage der Karpenteische könne dem Herrn von Gersdorff nicht unterlag werden, „da ein jeder auf seinem Grund und Boden tun und lassen kann, was er will“.

Dieses Urteil wurde von dem Kammergericht, an das sich Arnold im Wege der Appellation wandte, bestätigt. Der König, der selbst das rechte Interesse an dem Verlauf des Prozesses nahm und auf seinen dem Arnold stand, war ergrimmigt über diese Entscheidung. Er glaubte, daß die Justizbeamten in dem Streit des einfachen Mannes gegen die adeligen Herren parteiisch geteilt und dem Müller schweres Unrecht zugefügt hätten. Um ein Exempel zu statuieren, veranordnete er den König in einem Reskript das Urteil der Richter; der Großkanzler erhielt seine Entlassung und die Räte des Kammergerichts und der kaiserlichen Regierung, die für die Verurteilung Arnolds gestimmt hatten, wurden infam kastriert, zu einjähriger Festungshaft und zum Schadenersatz an den Müller verurteilt. Nach dem Tode Friedrichs des Großen — sechs Jahre später — wurde der Prozeß von neuem aufgenommen, weil man sich allgemein darüber einig war, daß wenigstens den Richtern bei ein ungeheures Unrecht geschehen war. In einem Dekret hob Friedrich Wilhelm II. den Maßspruch Friedrichs II. auf und überließ dem Prozeß dem Obertribunalgericht. Nun wurden die Beamten freigegeben und wieder in ihre Stellungen eingesetzt, und die an den Müller gezahlten Gelder wurden ihnen zurückerstattet.

So hat der Prozeß — und damit schloß Geheimrat Stammer seine interessanten Ausführungen — äußerlich wohl sein Ende erreicht, aber einen inneren harmonischen Abschluß hat er nicht gefunden. Der Ortsverband der deutschen Gewerkschaften H.-D. hielt unlängst im Restaurant „Schwarzes Roth“ eine gut besuchte Versammlung ab, die folgende Herren in den Vorstand wählte: Krüger als Vorsitzender (Neuwaß), Mode als Schriftführer (Neuwaß), Mone als Kassierer (Wiederwaß), Taube als Mandatsträger (Wiederwaß) und Knopf als Bismarckwart (Neuwaß). — Eine rege Debatte entwickelte sich wegen der großen Forderung der arbeitenden Klasse und der schlechten Verhältnisse in Sachen der Arbeitsnachweise in der Stadt Halle. Eine vor ca. 2 Jahren an die hiesigen Köpfe eingehende Eingabe um Einrichtung eines allgemeinen Arbeitssachweises hat noch immer der Vollendung. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, nochmals in dieser Angelegenheit vorzugehen.

Ganz besonders wurde gebeten, den Vortragsabend, der Sonntag, den 15. November c., abends 8 Uhr, im Saale der Börsenhalle stattfinden, recht zahlreich mit den erwachsenen Angehörigen zu besuchen. Hierbei wird Frau Justizrat Bennewitz einen Vortrag über das Frauenrecht und Strafrecht halten. Außerdem wird vom Mitteldeutschen Ausbreitungsvorband am Bußtag, nachmittags 4 Uhr, in dem Restaurant Passage eine Versammlung abgehalten, in der Vorträge über die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Gewerbetreibenden gehalten werden. Als Vortragende sind die Kollegen Krüger-Halle und Schröter-Schleußing bestimmt. Ferner macht der Vorsitzende bekannt, daß demnächst eine Versammlung sich mit den neuen Reichssteuern beschäftigen wird.

**Meldevorfahren bei Eisenbahnfällen.**

Die Vorschriften für das Meldevorfahren bei Eisenbahnfällen, für den Nachrichtendienst und die Verwendung der Hilfszüge und Hilfsgeräteeinrichtungen erhalten am 1. Januar t. J. eine neue Fassung. Zur Entlastung der meldepflichtigen Station und zur Vereinfachung der Abgabe der für mehrere Empfänger bestimmten Telegramme werden durch die Eisenbahndirektionen geeignete größere Stationen als telegraphische Vermittlungsstellen bestellt. Die Anmerkung der Hilfszüge durch die Eisenbahndirektion soll künftig nur einmal während des Nachts vorgenommen werden.

**Vogelstich im Winter.**

Zu diesem Kapitel schreibt man uns von sachkundiger Seite: Die Meldung, daß die Waldvögel keine Nahrung mehr finden, sobald es Winter wird, und stets künstlicher Fütterung bedürfen, ist irrig. In der Tat wird mit Vogelfutter oft ganz unnötig verschwenderisch umgegangen. In dem ausgezeichneten Buche „König der Vogelstichzeit“ nach Freiherrn von Berlepsch, von Martin Heilmann heißt es: „Der künstlichen Fütterung bedürfen die Vögel im allgemeinen nur bei und nach gewissen Witterungsumständen, besonders bei eintretendem Wirbelschnee, Raufrost und Glatteis. — Dann aber gemüßigen, wie genaue Beobachtungen ergeben haben, infolge des außerordentlich raschen Stoffwechsels unserer Kleinvögel, oft wenige Stunden der Entbehrung, um große Massen von Weizen, Baumlauren, Kleibern, Spechten, Goldhähnchen u. a. zu vernichten.“ Für die Vogelstichzeit ist es also außerordentlich wichtig, die Witterungsverhältnisse genau zu beobachten und schnell einzugreifen, falls es nötig ist. Um dieses zu ermöglichen, müssen den Tierchen aber die Futterstellen bereits bekannt sein. Das veranlaßt man ja und ebenso die örtlichen Verhältnisse. Sind die Vögel nur auf kleine Stände und dürftige Gärten angewiesen, die im Winter nicht genügend natürliche Futterquellen bieten, so ist die Nachhilfe mit künstlicher Fütterung an sich angezeigt.

**Falsche Reichsbanknoten.**

Im Laufe dieses Jahres sind in verschiedenen Städten Deutschlands falsche Reichsbanknoten über 100 Mark in Umlauf gebracht worden, ohne daß es bisher gelang, die Verfertiger oder Verbreiter zu ermitteln. Die Falschstücke tragen die Seriennummern 3 610 591 D Unterschrift und Straß sind undeutlich. Das künstliche

Wasserzeichen und Kontrollbuchstaben sind besonders aufgedruckt, ebenso Stempel und Nummer. Die Riffelung ist mit der Hand hergestellt und die Fasern durch rötliche Striche angeordnet. Hals und Rücken der weißlichen Figuren, sowie die am unteren Rand befindlichen Zeichen — Adler und 100 — auf der Rückseite, sind mit der Hand nachgezeichnet. Es ist also bei Annahme von 100 Markstücken Vorsicht geboten!

Der Männer-Turn-Verein Halle feierte am Montag in den mit den Vereinsfarben und Turn-Emblemen festlich geschmückten Thaliahallen sein 22. Winterfest. Nicht nur sämtliche Halleische, sondern auch Vertreter auswärtiger Turnvereine und ehemalige Mitglieder von nah und fern waren erschienen, um einige fröhliche Stunden inmitten des festlichen Vereins zu feiern. Nachdem der Festabend durch Musikstücke eingeleitet, die Begrüßung durch den Vorsitzenden erfolgt war, und ein schön vorgegetragen Prolog dem Abend die Wege gegeben hatte, wurden die Festteilnehmern das Können einer 15 Mann starken Barrenriege vorgeführt. Es folgten lobenswerte Leistungen der Damenabteilung, die ebenso wie die darauf von 30 Mitwirkenden am freizehenden Reiter mit großer Geschicklichkeit und Gewandtheit aufgebauten Pyramiden mit lebhaftem Applaus aufgenommen wurden. Ein flott gespieltes Theaterstück erregte allgemeine Beiferteil. Den Schluß der Vorstellungen und zugleich Einleitung des die Teilnehmer bis in die frühen Morgenstunden zusammenhaltenden Balles, bildete ein von 25 Damen grazios ausgeführter Blumen-Tanzfestreigen.

Die Verammlung ehemaliger Drohngirinnen findet am Sonnabend im Evangelischen Vereinshaus (Kronprinz) statt.

Christlicher Verein Junger Männer. Ueber das Thema „Hygienische Wanderungen durch Halle“ wird Herr Geh. Sanitätsrat Dr. Scharfe am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, im Christlichen Verein Junger Männer, Geißstraße 29, einen Vortrag halten. Jeder junge Mann ist eingeladen, der Zutritt frei.

Gemeinschaftsfeste. Alle Promenaden 8. Sonntag abends 8 1/2 Uhr redet Herr Evangelist R. D. Steinert-Beipzig über das Thema: „Folgen der Unentschiedenheit“. Der Eintritt ist frei. Jeden Donnerstag 8 1/2 Uhr Allianzbestände, zur Förderung des Einheitsgedankens unter den Kindern Gottes aller Denominationen“.

**Die Grubenkatastrophe in Westfalen.**

Soniel aus den bis zur Stunde nur spärlich einlaufenden Nachrichten geschlossen werden kann, muß leider angenommen werden, daß der größte Teil der eingeschlossenen 360 Bergleute verloren ist. Die Ursache des Unglücks ist, wie schon gemeldet, in einer Kohlenstaubezpllosion zu suchen. Die Angaben über die Zahl der bisher geborgenen Toten schwanken zwischen 27 und 36. Jedenfalls ist die Katastrophe eine der schwersten seit langer Zeit.

Dem „B. L.-A.“ entnehmen wir den nachstehenden Bericht von der Unglücksstätte.

Hamm, 12. Nov. 2 Uhr 35 Min. nachm. Soweit sich bis jetzt feststellen läßt, ereignete sich das Unglück in früher Morgenstunden auf der zweiten Sohle des Schachtes II der Zeche, die eine große Doppelschichtanlage ist. Zur Zeit des Unglücks war eine etwa 400 Mann zählende Belegschaft in der Grube. Wie gelagt wurde, glaubt man, daß die Explosion in dem Aufbruch von der zweiten zur dritten Sohle sich ereignete. Als ich eben den Zecheplan verließ, wurden gerade wieder vier Tote zutage gefördert, womit sich die Zahl der bis jetzt geborgenen Toten auf 35 erhöht. Außerdem sind ungefähr 18 Schwerverletzte zutage gefördert worden. Die Toten wurden in der Maschinenhalle untergebracht, während die Verletzten sofort in die benachbarten Krankenhäuser geschafft wurden. Bis jetzt übersteigt die Zahl der Toten wesentlich die der Verletzten. Es ist nicht anzunehmen, daß von der Zahl noch in der Grube befindenden 300 Bergleute noch eine größere Anzahl lebend wieder zutage gebracht werden kann. Durch die gewaltige Explosion sind die unterirdischen Mauern versplittert und beschädigt worden, wodurch naturgemäß die Rettungsarbeiten außerordentlich erschwert werden. Zu den Rettungsarbeiten hatten sich sofort nach dem Bekanntwerden des Unglücks die Mannschaften der benachbarten Zechen de Wendel und Grimberg mit ihren Leitern eingefunden. Vor kurzem trafen auch die Rettungsmannschaften der Zeche Hülme-Eibe der Gellenschtalener Bergwerksgesellschaft hier ein, die auch bei dem großen Grubenunglück von Courbiere in Aktion getreten waren. Die Mannschaften führen sofort mit ihren Apparaten in die Grube ein, um sich an dem Rettungsversuch zu beteiligen.

Kurz vor Redaktionsschluß kommt die Nachricht, daß man zuständiger Stelle an der Rettung der noch eingeschlossenen Bergleute zweifelt. Das Telegramm, das uns die Unglücksbotschaft bringt, lautet:

Hagen, 12. Nov. In dem Bergort, der unter Vorsitz des Berghauptmanns Liebrecht stattfand, wurde die Unmöglichkeit festgestellt, die Rettungsarbeiten weiter fortzusetzen. Man beschäftigt, den Schacht, in dem sich noch über 300 Bergleute befinden, unter Wasser zu setzen.

**Die Entstehung von Kohlenstaubezpllosionen.**

Von sachmännlicher Seite wird dem „B. L.-A.“ zu dem Unglück auf Grube Radob geschrieben: „Kohlenstaubezpllosionen gehören zu den traurigsten, aber leider nicht immer unvermeidbaren Vorkommnissen in Kohlenbergen. Bekanntlich bildet der feine Kohlenstaub mit der Luft zusammen ein Gemenge, welches ebenso explosionsgefährlich ist, wie die gefährlichsten „Schlagenden Wetter“. In Bergwerken, deren Kohle zur Verkohlung neigt, werden daher ausgedehnte Verfeinerungsanlagen vorgesehen, um den Kohlenstaub im Entstehen bereits in Form eines Kohlenstaubmehlens niederzuschlagen. So derartige Verfeinerungsanlagen regelmäßig in Betrieb genommen werden, darf die Gefahr einer Kohlenstaubezpllosion als ausgeschlossen gelten. Es ist aber wohl denkbar, daß in Zechen, deren Kohle nur so wenig Staub bildet, daß man von solchen Anlagen abläßt, gelegentlich Föhne angeht, welche die Luft stauben. In solchen Fällen ist natürlich die allergrößte Vorsicht am Platze. Die Sicherheitsmaßnahmen, welche man zum Schutze gegen Kohlenstaubezpllosionen, es bleiben aber andere Explosionsursachen möglich. Unter Umständen genügt ein Fünkchen, welches zwischen der Spitzhake eines Häuers und einem Garten

Das weiflichste Grubenunglück.

Hamm, 12. Nov. Die Rettungsarbeiten wurden dadurch aufgehalten, daß ein Automobil, das zum Transport von Hilfsmitteln benutzt wurde, umfuhr. — Die Rettungsarbeiten konnten nur kurze Strecken vorbringen, da überall das Feuer wütete.

Der Eindruck in Hamm.

Hamm, 12. Nov. Automobile und Droschken durchzogen die Stadt und bringen Tote und Verwundete nach den Krankenhausjahren, die von den Angehörigen der Bergleute umringt sind. Überall herrscht Jammer und Schreden. Die Straßen an der Unglücksstelle sind mit Menschen gefüllt. Ueber das Schicksal der noch eingeschlossenen Arbeiter herrscht kaum noch ein Zweifel.

Die Zahl der Verlorenen.

Hamm, 12. Nov. Wie die Zeche Radbald mitteilt, fuhren im ganzen 380 Arbeiter ein. Bisher wurden 37 Tote, 35 Verletzte und 6 Lebende geborgen. Es fehlen also 302 Bergleute, die allem Anschein nach verloren sind.

(Siehe auch den ausführlichen Artikel.)

Berlin, 12. Nov. Im Reichstag richtete das Zentrum folgende Interpellation an den Reichsanwalt: Ist der Reichsanwalt in der Lage und bereit, über die Ursache des weiflichsten Grubenunglücks vom 11. November 1908 Auskunft zu geben? Inwiefern waren auf Grund der bei früheren Unglücksfällen gemachten Erfahrungen Vorkehrungen getroffen? Welche Vorkehrungen denkt man zu treffen, um in Zukunft derartige Unglücksfälle zu verhüten?

Die Vesterung der Beamten im Abgeordnetenhause.

Berlin, 12. Nov. Im Abgeordnetenhause wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, betreffend die Herabsetzung der Staatsbeamten zu den Gemeindefunktionären. Die Beamten sollen wie andere Personen höherer Ordnung, sofern der kommunale Zuschlag nicht mehr als 100 Prozent der Staats-Einkommensteuer beträgt.

Zur Affäre Schniger.

München, 12. Nov. Die Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlichten eine Zuschrift von Prof. Schniger, welche sich mit der Blättermeldung beschäftigt, nach der eine päpstliche Verfügung Schniger befahl, fortan nicht zu publizieren, keine Vorträge zu halten und sich überhaupt jeder öffentlichen Kundgebung, welcher Art auch immer, zu enthalten. Schniger erklärt, lomet sich das Verbot, Vorlesungen oder Vorträge zu halten, auf theologische Dinge beziehe, sei er ihm von Anfang an zuvorkommen, da er sich aller theologischen und aller für die Kandidaten der Theologie bestimmten pädagogischen Vorlesungen enthalten habe. Aber das Verbot, nicht etwa nur theologische, sondern überhaupt irgendwelche Vorlesungen oder Vorträge über irgendwelche Disziplin abzuhalten, oder irgendwelche publizistische Tätigkeiten auszuüben, bedeute einen voll öffentlichen Eingriff in seine persönlichen, akademischen und kirchlichen Rechte und Pflichten, daß er sich bei aller dem Oberhaupt der Kirche gebührende Ehrerbietung außerstande sehe, ihm zu entsprechen.

Zum Andre-Fund.

Kopenhagen, 12. Nov. Hier lief ein Telegramm vom Kapitän des Schooners „Nyga“ ein, das die Meldung über den Andre-Fund bestätigt. Das Telegramm berichtet, Kapitän Challer habe das Grab nordwestlich von Nagfort in Labrador entbedt.

Verhaftungen von Anarchisten in Toulon.

Toulon, 12. Nov. Die Sicherheitsbehörde nahm in der Wohnung mehrerer Arsenalarbeiter und Angehöriger des anarchischen und anarcho-militaristischen Vereins, der die Zeitschrift „La jeunesse libre“ gegründet hat, sowie in den Räumen des Vereinslokals Durchsuchungen vor und beschlagnahmte mehrere Ballen aufrührerischer Flugblätter. Der Sekretär des Vereins sowie der des revolutionären Syndikats wurden verhaftet.

Von der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 12. Nov. Die Kammer nahm in der Nachmittags-Sitzung das Budget des Handelsministeriums an und begann die Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern.

Die ungarische Wählerreform.

Budapest, 12. Nov. Im Abgeordnetenhause sprach über die Vorlage der Wählerreform ausschließlich der Minister des Innern Graf Andrássy, um die Vorlage zu begründen. Hierauf wurde beschlossen, die Angelegenheit einem Ausschuss von 31 Mitgliedern zu übertragen, der morgen gewählt werden soll. Die Verhandlung im Plenum dürfte erst in einigen Monaten erfolgen.

Erhöhung der Offiziersgehälter in Ungarn.

Petersburg, 12. Nov. Der Kriegsminister sprach in der Reichsbuma über eine Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung der Offiziersgehälter vom Jahre 1909 ab. Vorschläge kommen nur die niederen Chargen, die letzte, Veteranen und Geistlichen in Betracht. Die Gehaltserhöhung der oberen Grade soll später erfolgen.

Erklärungen des österreichischen Botschafters in Belgrad.

Belgrad, 12. Nov. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Belgrad, Graf Jorgaga, staltete gestern, wie von zutreffender Seite gemeldet wird, dem Ministerpräsidenten Miliutinowitsch einen Besuch ab, um Entschuldigungen wegen des Zwischenfalles vom 6. November auszusprechen, an welchem Tage ein serbischer Demonstrant von einer österreichischen Patrouille in der Nähe von Semlin aufgehalten und zur Rückkehr nach Belgrad gezwungen worden war. Die serbische Botschaft in Wien hatte wegen dieses Vorfalles beim dortigen Ministerium des Reichs Bescheid zu erbitten. Graf Jorgaga führte zur Erklärung des Zwischenfalles an, daß die österreichische Patrouille an jenem Tage Schießübungen vorgenommen habe. Zugleich teilte der Botschafter dem Ministerpräsidenten mit, daß die österreichisch-ungarische Regierung in Zukunft öffentliche Vorlesungen nicht mehr zu lassen werde, die Verleumdungen gegen den König, gegen den Thronfolger oder das königliche Haus von Serbien enthielten.

Neapel, 12. Nov. Prinz und Prinzessin August Wilhelm sind nach Rom abgereist.

Hann, 12. Nov. Die Königin Wilhelmina ist heute zum Winteraufenthalt hier eingetroffen. Sie staltete der Königin-Mutter einen Besuch ab, wobei auffiel, daß sie zu Fuß ging, statt sich wie sonst des Wagens zu bedienen.

Stetnchen entsteht, um eine schwere Explosion einzuleiten. Auch ein Sprengfluß, dessen Flamme schwache, schlängelnde Wetter noch nicht entzündend würde, kann den Kohlenstaub zur Explosion bringen. So können trotz aller Sicherheitsmaßnahmen durch eine Verletzung unglücklicher Umstände und Zufälligkeiten Katastrophen von der Art der oben geschilderten entstehen. Der Beruf des Bergmannes bleibt eben ein außerordentlich gefährlicher, und niemand, der in die Grube eintritt, kann wissen, ob er das Tageslicht wieder mit frühlichem „Gut auf“ begrüßen kann.

Provinzial-Nachrichten.

Das Urteil im Mordprozeß Döll.

□ Leipzig, 12. Nov. Die Geschworenen verneinten bei der Minna Döll die Schuldfrage auf Mord, bejahten aber die Frage auf Totschlag durch Verbringung von Gift. Bei dem Suizidbruder Walter Schmidt bejahten sie nur die Frage der Beihilfe bei der Verbringung von Gift. Das nach 5 Uhr verkündete Urteil lautet: Die Angeklagte Minna Döll wird wegen Totschlages in Verbindung mit einem Giftdiebstahle zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte Schmidt wird wegen Beihilfe zu einem Giftdiebstahle zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. In der Strafe der Döll werden 5 Monate Untersuchungshaft abgerechnet.

Vernehmung der Revision im Mollton-Prozeß.

\* Leipzig, 12. Nov. In der Revisionskammer des Reichsgericht hat das Reichsgericht die Revision zurückgewiesen.

Von der Schiffahrt.

? Wien, 11. Nov. Die Elbe geht mit schwachem Treibeis; der Wasserstand ist beinahe so niedrig, wie im Sommer 1904. Früher als gewöhnlich hat sich die Schiffahrt genötigt gesehen, den Betrieb einzustellen und den Stau der Häfen aufzulösen. In dem Verkehre haben der Alteneisgesellschaft liegen heute etwa 50 Rähne und ein Dampfer. Ein Schlepplag hielt an der Söfenspitze. Am südlichsten Ufer (Russenbamm) liegen fünf Dampfer, die Kohlen einnehmen. Auch mehrere Schlepplage liegen an derselben Uferseite. Im holländischen Hornhafen liegen bereits 10 Rähne. Die Elbfähre ist im Winterhafen veranfert. Fuhrwerke werden einzuweisen nicht befördert. Der Personenverkehr wird durch den Handtahn vermittel.

Induldiam.

√ Stendal, 11. Nov. Hier starb am 3. November der Gehwirt Runge. Er war von einem Pferde getreten worden und erlag den erlittenen Verletzungen. Am 6. November sollte er beerdigt werden, und wie es Sitte ist, sollte der Geistliche am Grabe seines Amtes walten. Der Pastor Fromme lehnte es indessen ab, sich bei der Beerdigung zu beteiligen: Der Verstorbene habe sich zu Lebzeiten wenig um die Kirche gekümmert und sie fast gar nicht besucht, also habe er auch keinen Anspruch auf die kirchlichen Ehrungen. Die Verwandten wollten aber ihren Verstorbenen nicht der Erde übergeben ohne kirchlichen Segen. Sie gingen zu einem Geistlichen nach Seebauken und baten diesen um seine geistliche Tätigkeit. Er konnte aus rechtlichen Gründen diesem Verlangen nicht nachkommen, schrieb aber an seinen Amtsbruder nach Schönberg einen Brief. Pastor Fromme muß dadurch wohl anderen Sinnes geworden sein, er ließ den Verwandten sagen, er sei jetzt zur Mitwirkung bei der Beerdigung bereit, allerdings müßte wegen der bisherigen Verzögerung die Beerdigung eine Stunde später erfolgen. Da das aus mancherlei Gründen nicht möglich, alles schon angesetzt und bereit war, mußte die Beerdigung vor sich gehen, ohne die Mitwirkung des Geistlichen. Die Beerdigung war auch ohne dies feierlich genug. Runge war Kronsteinnehmer von 1870/71 gewesen. Wie es heißt, soll über das Verhalten des Geistlichen Beschwerde beim Konsistorium erhoben worden sein.

( ) Annaburg, 12. Nov. (Beim Wärmen am Ofen verbrannt.) In der vierten Klasse der hiesigen Eisenbahnstation ereignete sich gestern ein beklagenswerter Unfallfall. Das geschäftliche Ladestellen des Handelsmannes Simon wärmte sich vor Beginn des Unterrichtes am Ofen des Klassenzimmers. Die Kleider des Kindes fingen Feuer und hell brennend führte die Unglückliche ins Freie, wo hinzukommende hilfsbereite Leute die Flamme erlöschten. Das bedauernswerte Mädchen hat so schwere Brandwunden erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

( ) Uebstedt bei Bielefeld, 9. Nov. (Töblicher Sturz.) Der 40 Jahre alte Landwirt Otto Köhler stürzte in seiner Scheune aus beträchtlicher Höhe herab und blieb mit zerbrochenen Rippen bewußtlos liegen. Eine Rippe drang ihm in die Lunge, so daß bald darauf der Tod eintrat. Der Verunglückte hinterließ eine Witwe mit drei Kindern.

( ) Arnstadt, 11. Nov. (Leichenfund.) Im fürstlichen Laubrevier wurde gestern von Jägern die in Verwesung überangegangene Leiche eines Mannes aufgefunden, dessen Identität bis jetzt nicht festgestellt werden konnte.

? Jena, 11. Nov. (Tad auf Bürgermeisterei.) Bei den diesjährigen Wahlen scheint es jetzt auf die Bürgermeisterei abzugehen zu sein. Eben erst wurde der Bürgermeister Dr. Müller in Jena angehalten und heute wird berichtet, daß Bürgermeister Kolbe von Anna am selben Beinen und am Ellbogengelenk angehalten worden ist.

§ Jena, 11. Nov. (Einen gewaltigen Schrei) erkält dieser Tage ein Bruder Studio. Er hatte zu Hause von seinem alten Herrn ein hübsches Sümmchen — 3500 M. — mitbekommen. Am Abend seiner Ankunft war er noch verscheidenlich eingelebt, und als er früh erwachte, feste ihm plötzlich das Geiß: trampfhaft wurde alles durchnässt — aber es war und blieb verschunden, so daß der Verlustträger auf den Gedanken kam, beschlossen zu sein und in diesem Sinne Anzeigen erstattete. Aber als er auf seiner Stube noch einmal genau nachsah, liehe da aus einem Winkel des Kleiderkastens lugte ihm die Briefschale mit dem Namen schelmisch an: er hatte sie des Abends dahin verlegt und dies unter dem Einfluß des Alkohols völlig vergessen!

? Jena, 12. Nov. (Königsamerer Streit.) Bei einem Streit der fürstlich württembergischen Landwirtschafflichen Höfner in Wingerla und seinem 12jähr. Bruder

enthand, fügte der jüngere dem älteren Bruder mit einer Faustgabel eine Verletzung bei. Nach einiger Zeit stellte sich Blutvergiftung ein, an deren Folgen der junge Mann im hiesigen Krankenhaus gestorben ist.

† Schmöln, 11. Nov. (Stationenstasfenräuber.) Vor ca. 14 Tagen war nachts mittels Einbruchs in die hiesige Stationskassette ein Betrag von 127 Mark gestohlen worden. Als Täter wurde jetzt ein früherer Bahnwärter ermittelt, der bereits ein Geständnis abgelegt hat.

( ) Gera, 11. Nov. (Gadabenerkassensprüche gegen die Stadt.) Die neue städtische Wasserleitung ist kaum für rund 900 000 M. fertiggestellt, so kommen auch die Anlieger der Leitung in Harpersdorf und Kraftsdorf, worunter sich mehrere Mühlensbesitzer befinden, die rund 150 000 M. Schadenersatz verlangen, weil ihren Mühlen durch die Wasserleitung das Wasser entzogen werde. In der Sache hand gestern beim Landgericht Termin an. Das Gericht machte sich dahin schuldig, daß, bevor in der Angelegenheit weitergegangen wird, erst zwischen den Parteien noch ein Vergleich verhandelt werden soll. Für die Stadt scheint der Prozeß nicht unangenehm zu liegen, weil sie für ihre Wasserleitung nur geschlossene Wasser, also Quellen ihrer eigenen Grundfläche verwendet.

+ Gera, 10. Nov. (Verhaftung eines Mordbuhlen.) Joseph Drlovic, der an dem im Herbst 1906 bei Heinersdorf im reußischen Oberlande ausgeführten Raubmorde beteiligt sein soll, ist bei Solingen verhaftet worden. Er wegen dieses Raubmordes zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt hat im Zuchthause den Drlovic als Mithäufnis angegeben, und zwar als den, der den tödlichen Stich ausgeführt hat.

\* Leipzig, 12. Nov. (Ein Kandidat für Hausbesitzer und Mieter.) In Waldheim ist im dortigen „Anzeiger“ folgendes Inserat zu lesen: „Achtung! Um den Reizen der Agitation bei den Stadtverordnetenwahlen zu eröffnen, empfehle ich mich als Stadtvordrordner. Ich schaffe die Hypotheken und den Hauszins ab. Schärer.“ Herr Schärer dürfte einstimmig gewählt werden, da selbstverständlich sowohl die Hausbesitzer wie auch die Mieter für ihn begeistert sind.

+ Kabeberg, 12. Nov. (Schredlicher Kindesmord.) Im benachbarten Schönborn vor der acht Monate alte Knabe Willy Helm in Pflege. Am Sonntag besuchte nach dem „L.“ die Mutter mit einer Freundin das Kind und machte mit ihm eine Spazierfahrt. Als sie zurückkehrten, war das Kind ohne Zeiche. Der Arzt konstatierte Herzschlag und die Leiche sollte zur Ruhe gebettet werden. Inzwischen hatte sich die Gendarmerie aber mit dem Fall beschäftigt, die Mutter in Verhör genommen und sie zu dem Geständnis gebracht, daß ihre Freundin auf ihr Anstiften hin das Kind getötet habe. Die gefälligen Verbrechen hatten auf der Spazierfahrt das Kind aus dem Wagen genommen und es nach bei der großen Kälte in kaltes, fließendes Wasser gehalten. Ein Herzschnau war die Folge. Die Kindesmörderinnen wurden sofort verhaftet.

Vermischtes.

Strandung des Militärluftschiffes auf dem Stettiner Haß.

Einen jähen Abbruch hat gestern morgen, wie schon telegraphisch berichtet, die von Tegel aus begonnene Dauerfahrt des Militärluftschiffes „Groß 1“ gefunden. Der Ventilation verlor unterwegs die Orientierung und geriet, anstatt nach dem festgelegten Ziel Hannover zu gelangen, auf das Stettiner Haß, wo er um 1 Uhr morgens unfreiwillig auf dem Wasser niederging. Das Militärluftschiff trieb zwei Stunden lang auf dem Wasser und landete um 3 Uhr morgens auf der Insel Wolkin auf einer Wiese. Der Ballon wurde durch einen alten Weidenbaum aufgerissen und erlitt schwere Beschädigungen. Die Passagen der Gondel sind jedoch wohl erhalten. Zur Bergung des Ballons ist eine Kompanie nach Wolkin abgegangen.

Interessante Versuche mit einem Monoplan. In Pariser aeronautischen Kreisen befindet man lebhaftes Interesse für die angeblich glänzenden Flüge, welche ein bekannter Sportsmann mit seinem in Paris gebauten Monoplan in der Umgebung von Alesia ausführte. Automobilisten sahen einen Menschen in beiderseitiger Höhe über Baumgruppen kreisen. Als sie sich näherten, entfernte sich rasch der Flieger und erstickte den Wägen. Dadurch gewann es den Anschein, daß die Verände geheim gehalten werden. Der Apparat ist mit vorne angeordnetem Hörsperigen, fächerförmigen Siebzehnzylindermotor versehen und besitzt hinten eine kleine Stabilitätsgelle mit den Steuern.

Ein neues Eldorado. Wie aus New York berichtet wird, sollen zwei Unternehmer, Adam Anshoff und C. W. Bruce aus Washington, die eben aus Colombia zurückgekehrt sind, ein neues Eldorado in dieser Republik entbedt haben. Sie bringen für 20 000 Dollars Goldstaub mit, bei sie, wie sie erzählen, durch Wägen in 10 Tagen gesammelt haben.

Die Farrar demontiert ihre Verlobung. Geradine Farrar hat bei ihrer Ankunft in New York, wie von dort geschrieben wird, einem Reporter gegenüber die Nachricht von ihrer Verlobung mit Antonio Scotti als „Unfinn“ bezeichnet. Auch Signor Scotti stellte die Verlobung, wie der Reporter berichtet, „emphatisch“ in Abrede.

Unterhaltungsblatt.

Gold ist Trumpf! Roman von Albert Reuß-Dobles. (Fortsetzung.) — Eine Lieblingsgeschichte des Kaisers. Von Paul Keller. — Wunte Zeitung. Die Nachricht vom Tode Napoleons. Die neuesten Wunder der amerikanischen Chirurgie. — Literatur.

Leitung Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil Wilhelm Georg, für den letzten Teil für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport Eugen Reimann, für das Feuilleton und Vermischtes Paul Schamburg, für den Sonderbeilieg Fritz König, für den Interentenbeilieg Friedrich Gendralo. Druck und Verlag von Otto Gabel, sämtlich in Halle a. S. — Jede Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.



